

PRESSEMITTEILUNG

Nordländer einig: Anstrengungen für Klimaschutz müssen verstärkt werden

Die „5. Regionalkonferenz der Norddeutschen Länder zum Klimawandel“ ist heute (26.09.2018) zu Ende gegangen. 290 Teilnehmer aus Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie des Bundesumweltministerium waren nach Schwerin gekommen, um die Folgen des Klimawandels und die daraus resultierenden Herausforderungen grenzübergreifend zu betrachten und diskutieren.

„Allein die große Zahl der Teilnehmer – der Tagungsort in der Industrie- und Handelskammer war ausgebucht – zeigt, wie ernst die Küstenländer den Klimawandel nehmen. Wir arbeiten bereits seit Jahren an Konzepten, um sein Fortschreiten einzudämmen und uns vor allem auch auf die Folgen für unsere Region einzustellen“, sagt Christian Pegel, Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung des diesjährigen Gastgeberlands Mecklenburg-Vorpommern. Als einige Beispiele nannte er den Umstieg auf erneuerbare Energien, die Förderung der klimafreundlichen LED-Beleuchtung oder auch die Küstenschutzmaßnahmen unter der Ägide des Landwirtschaftsministeriums.

Er sagte aber auch: „Der Bericht zu den Auswirkungen des Klimawandels auf unser Bundesland, den wir Anfang dieses Monats vorgestellt haben, zeigt, dass unsere bisherigen Anstrengungen bei weitem nicht ausreichen. Wir müssen sie verstärken. Und wir müssen alle an einem Strang ziehen – in unserem Land wie auch

EM

Schwerin, 28. September 2018

Ministerium für Energie, Infrastruktur und
Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 6 – 8
19053 Schwerin
Telefon: 0385 588-8003
Telefax: 0385 588-8088
pressestelle@em.mv-regierung.de
Internet: www.em.regierung-mv.de

V. i. S. d. P.: Renate Gundlach

überregional. Dass die norddeutschen Bundesländer gemeinsam Strategien entwickeln, halte ich für sehr vernünftig – das Klima kennt keine Ländergrenzen. Aber auch Unternehmen, Planungsbüros, Kommunen und Landkreise in allen Bundesländern müssen in den Entscheidungsprozessen verstärkt Belange des Klimawandels und des Klimaschutzes berücksichtigen.“ Unbedingt fortführen sollte man den Dialog zum Schutz verletzlicher Infrastruktur, der bei der Konferenz begonnen wurde.

„Im Land Bremen erleben wir den Meeresspiegelanstieg vor unserer Tür. Die Menschen in Bremen und Bremerhaven leben mit dem Wasser, vom Wasser, am Wasser. Die Entwicklung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sind in unseren beiden Städten einerseits Aufgabe der Verwaltung für den Schutz der Menschen und der bebauten Räume“, sagte Bremens Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Dr. Joachim Lohse. In der Hansestadt bestehe aber aufgrund der kurzen Kommunikations- und Abstimmungswege auch die reale Chance, mit Bürgerinnen und Bürgern, Geschäftsleuten und anderen Akteuren jeweils eigene Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

„Extreme Wetterereignisse wie die Herbststürme Xaver und Herwart, der verheerende Starkregen in Hamburg am Himmelfahrtstag und der extrem trockene Sommer haben das Bewusstsein für den Klimawandel in Norddeutschland geschärft. Auch bei uns wird spürbar, dass zu wenig für den Klimaschutz getan wurde – und dass es höchste Zeit ist, die Auswirkungen wenigstens zu begrenzen“, fand der Hamburger Staatsrat für Umwelt und Energie, Michael Pollmann, deutliche Worte. Als wachsende Stadt stehe Hamburg vor der Herausforderung, die richtigen Maßnahmen zum Schutz vor Überflutungen und Hitze zu treffen. „Das bedeutet: Wir müssen Flächenreserven für den Hochwasserschutz und Regenwasserrückhalt sichern und das städtische Grün bewahren. Die Regionalkonferenz leistet einen wichtigen Beitrag, um den Austausch der norddeutschen

Länder über Strategien und Maßnahmen zur Klimaanpassung voranzubringen“, so Pollmann.

Auch Olaf Lies, Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz des Landes Niedersachsen, fordert verstärkte Anstrengungen für den Klimaschutz:

„Der Klimawandel ist eine schleichende Entwicklung, die im Alltag oft nicht wahrgenommen wird. Extremwetterlagen können die Folge sein. Wir müssen mehr Klimaschutz betreiben und uns an den Klimawandel anpassen.“ Dies habe für Niedersachsen gerade beim Meeresspiegelanstieg herausragende Bedeutung: „Wir müssen das in Paris beschlossene Ziel globale Erwärmung auf allerhöchstens zwei Grad Celsius mehr als vor Beginn der Industrialisierung dringend einhalten.“

„Wir sind bereits mittendrin im Klimawandel. Besonders in diesem Sommer haben wir erlebt, was die Wissenschaftler seit Jahren als Folge des Klimawandels prognostizieren: gehäuftes Auftreten von Hitzewellen und extremen Starkniederschlägen. Unter der anhaltenden Hitze und Trockenheit hatten besonders die Landwirte zu leiden. Viele landwirtschaftliche Betriebe verzeichneten deutliche Ertragseinbußen, auf einigen Flächen kam es sogar zu Totalausfällen“, sagte Johannes Grützner. Der Abteilungsleiter für Energie und Klimaschutz im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung in Schleswig-Holstein führte aber auch aus: „Die Landwirtschaft ist nicht nur Betroffene des Klimawandels, sondern auch eine der Mitverursacherinnen. Deutschland wird das Klimaschutzziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, sehr wahrscheinlich nicht erreichen. Auch deshalb, weil der Beitrag der Landwirtschaft zur Minderung der Treibhausgas-Emissionen bisher zu gering ist. Damit unsere Gesellschaft eine realistische Chance hat, sich auf die Folgen einzustellen, brauchen wir offensichtlich ein noch viel entschlosseneres Handeln aller Beteiligten.“

Hintergrund

Bund und Länder führen seit 2011 gemeinsame Regio-

nalkonferenzen im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel durch. Die Regionalkonferenz des Bundes und der norddeutschen Länder hat zum Ziel, die norddeutsche Küstenregion bei der Entwicklung und Umsetzung regionaler und kommunaler Anpassungsstrategien zu unterstützen sowie Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren. Thematische Ausrichtung und Organisation erfolgen in enger Zusammenarbeit zu unterschiedlichen Aspekten des Klimawandels.

Im Fokus der Veranstaltung in Schwerin stand erstmals das Thema „Infrastruktur im Klimawandel“. In drei Workshops wurde die Bereiche „Klimaangepasstes Bauen“, „Versorgungssicherheit und Katastrophenschutz“ sowie „Verkehrsinfrastruktur im Klimawandel“ genauer beleuchtet.